

Kann der Schweizer Pass ein Grundrecht sein?

SVP-Grossrat Christoph Riner will die Einbürgerungsregeln verschärfen. SP-Grossrätin Lelia Hunziker will nach fünf Jahren ein Grundrecht auf den Schweizer Pass. Zwischen den beiden liegen Welten. Wer hat die besseren Argumente?

Eva Berger und Noemi Lea Landolt

Letzten Monat hat der Grosse Rat Verschärfungen im Einbürgerungsgesetz beschlossen. Bei Leumund und Sprachkenntnissen soll die Schraube angezogen werden. Letzteres hat Christoph Riner (SVP) gefordert. Die Einbürgerung bilde den Abschluss einer erfolgreichen Integration, sagt er. Anders Lelia Hunziker. Die SP-Grossrätin ist Mitglied der Aktion Vierviertel, die das Bürgerrecht reformieren und den Zugang stark vereinfachen will.

Die Boxerin und der ehemalige Schwinger haben sich schon oft über Einbürgerungen gefetzt. Wir haben sie zum Streitgespräch auf die Redaktion eingeladen.

Was haben Sie dafür getan, eine gute Schweizerin oder ein guter Schweizer zu sein?

Lelia Hunziker: Nichts. Es ist mein pures Glück, dass ich hier lebe und hier geboren wurde. Wahrscheinlich habe ich mehr dafür gemacht, keine gute Schweizerin zu sein. Ich bin auch nicht stolz, Schweizerin zu sein, und definiere mich nicht darüber. Für andere Dinge habe ich viel mehr getan. Etwa dafür, dass ich beruflich oder politisch da stehe, wo ich stehe. Und ich habe auch viel getan, um eine gute Mutter zu sein. *Christoph Riner:* Ich würde mir nicht anmassen zu sagen, ich sei ein guter Schweizer. Ich versuche, ein guter und korrekter Mensch zu sein, und ich hoffe, das gelingt mir mehrheitlich. Die Schweiz bedeutet mir aber sehr viel.

Ist man wertvoller in der Gesellschaft, wenn man den Schweizer Pass hat?

Riner: Nein.

Hunziker: Nein. Aber ohne Pass hat man ein wichtiges Recht nicht: Man darf nicht partizipieren, und man darf nicht über die Regeln unseres Zusammenlebens entscheiden. Gehen wir noch einmal 50 Jahre zurück; da habt

ihr Männer uns Frauen nicht erlaubt, mitzubestimmen. Und heute sind wir auch an einem Punkt, an dem 37 Prozent der Bevölkerung nicht mitbestimmen dürfen: Alle unter 18-Jährigen, alle ohne Schweizer Pass und alle, die nicht mündig sind.

Riner: Aber Lelia! Es ist ja nicht so, dass Ausländer nicht mitmachen dürfen, sie können sich einbürgern lassen. Dafür müssen sie halt gewisse Anforderungen erfüllen.

Hunziker: Ich will nicht, dass sich die Leute anpassen müssen, um bei uns mitmachen zu dürfen. Ich will, dass jene, die hier sind, mitbestimmen dürfen und vollwertiger Teil der Gesellschaft sein können.

Riner: Du willst nicht, dass sich die Menschen auch nur ein bisschen anpassen. Aber ich bin halt der Meinung, wer teilhaben will, sollte sich integrieren und gewisse Anforderungen erfüllen.

Hunziker: Aber dann sag mir doch: Was ist Integration? Ich würde behaupten, wenn sich jemand in meine Welt integriert, müsste er andere Kriterien erfüllen als jemand, der sich in deine Welt integriert. Und noch einmal: Warum müssen sich Leute anpassen, wenn sie hier leben, wohnen, arbeiten und Steuern zahlen? Wieso müssen sie sich dann noch weiter beweisen?

Riner: Ist es zu viel verlangt, dass man miteinander kommunizieren kann?

Hunziker: Kommunizieren kann man in vielen Sprachen.

Riner: Ja, aber wir leben nun mal im Aargau. Hier ist die Umgangssprache Deutsch.

Hunziker: Dann gehe ich einen Millimeter auf dich zu und sage: Okay, eine der vier Landessprachen, plus Englisch, die Sprache der Weltbürgerinnen.

Herr Riner, Sie wollen das Niveau bei den Sprachkenntnissen anheben. Die Mehrheit des Grossen Rats will das auch und hat Ihre Motion überwiesen. Regierungsrat Dieter Egli sagte, das sei Maturaniveau.

Huber (Mitte) forderte diese Anpassung. Zweitens sollen in Zukunft im Einbürgerungsverfahren Übertretungen im Leumund gleich behandelt werden wie Verbrechen und Vergehen. Ursprung der Forderung war, dass der Grosse Rat einen dreifachen Ladendieb nicht einbürgerte. Das Verwaltungsgericht machte diesen Entscheid rückgängig, worauf ein überparteilicher

Sprechen Sie eine andere Sprache auf Maturaniveau?

Riner: Ich spreche relativ gut Englisch. Aber ich will mich ja nicht einbürgern lassen.

Hunziker: Es geht doch darum: Wer bestimmt, was jemand erfüllen muss, damit er hier mitmachen kann? Wir haben einen Teil der Gesellschaft, der diese Regeln aufstellen darf und von sich ausgeht. Wieso soll ich Regeln für die anderen aufstellen? Ich verstehe es wirklich nicht.

Riner: Ich habe eine ganz andere Grundeinstellung. Du sprichst von Hürden, wenn wir von jemandem verlangen, dass er nicht kriminell ist und unsere Sprache spricht. Es war übrigens deine Partei, die in der Stadt Luzern gesagt hat, mit dem heute für die Einbürgerung verlangten Sprachniveau verstehe man das Abstimmungsbüchlein nicht. Man müsse es auf weitere Sprachen übersetzen.

Hunziker: Und da sage ich: «So what!?» Was ist so schlimm daran, wenn man ein Abstimmungsbüchlein übersetzen muss, damit es die Leute verstehen?

Riner: Für mich ist der Ansatz falsch. Ich will, dass sich jene Leute hier verständigen können, die teilhaben und den Schweizer Pass wollen.

Hunziker: Aber hast du denn keine Freunde oder Eltern von Freundinnen und Bekannten, die in den 70er- oder 80er-Jahren in die Schweiz gekommen sind, gekrampft haben, nicht gut Deutsch sprechen und trotzdem ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft sind?

Riner: Doch, ich habe nicht wenige Kollegen, die keinen Schweizer Pass haben. Das Überraschende: Sie unterstützen sogar die Forderungen, die wir im Grossen Rat durchgebracht haben.

Frau Hunziker, wo würden Sie denn ansetzen? Wer sollte den Schweizer Pass erhalten?

Hunziker: Wer hier lebt, wohnt und Steuern bezahlt, soll mitbestimmen dürfen.

Vorstoss (SVP, Mitte, FDP) mit Sprecher Harry Lütolf (Mitte) eingereicht und vom Grossen Rat angenommen wurde.

Der Regierungsrat lehnte beide Verschärfungen des Einbürgerungsgesetzes ab. Er muss jetzt eine Vorlage zuhanden des Grossen Rats erarbeiten, der dann das neue Einbürgerungsgesetz beschliesst. Wird das Referendum ergriffen, hat das Volk das letzte Wort. (az)



Riner: Sag es doch: Du willst den Schweizer Pass bei Geburt!

Hunziker: Nein, nicht bei Geburt, sondern sobald jemand hier ist.

Riner: Also wenn du in die Schweiz einwanderst, bekommst du am nächsten Tag den Schweizer Pass.

Hunziker: Den Pass von mir aus, vor allem aber Mitbestimmung.

Die Aktion Vierviertel, bei der Sie Mitglied sind, Frau Hunziker, hat vorletzte Woche die Demokratieinitiative lanciert. Die Initiative verlangt ein Grundrecht auf Einbürgerung, wenn jemand fünf Jahre in der Schweiz lebt. Kann eine Staatsbürgerschaft ein Grundrecht sein?

Riner: Nein, kann sie nicht.

Hunziker: Doch, in anderen Ländern funktioniert das wunderbar.

Riner: Das ist deine Weltanschauung. Aber da bin ich dagegen, das ist völlig der falsche Ansatz. Ich bin der Meinung, dass man zuerst gewisse Anforderungen erfüllen muss. Man kann doch nicht einfach sagen, nach fünf Jahren wird man automatisch Schweizer.

Was befürchten Sie denn, was passieren könnte?

Riner: Ich frage mich, ob die Leute überhaupt noch Lust haben, sich zu integrieren, unsere Sprache zu lernen, oder teilhaben wollen, wenn sie automatisch das Schweizer Bürgerrecht erhalten. Die Einbürgerung ist der

«Wer hier lebt, wohnt und Steuern bezahlt, soll mitbestimmen dürfen.»

Lelia Hunziker
SP

Abschluss einer erfolgreichen Integration.

Sie werfen der Gegenseite vor, sie wolle alle einfach einbürgern?

Riner: Ja, möglichst ohne jede Anforderung. Du, Lelia, willst ein Grundrecht nach fünf Jahren, und dann verlangt ihr in eurer Initiative nur noch Grundkenntnisse in einer Landessprache. Wenn jemand «Guten Tag» sagen kann, reicht das schon.

Hunziker: Und ihr wollt das Einbürgerungsgesetz einfach noch mehr ver-

Schärfere Regeln für Einbürgerungen

Der Grosse Rat hat im letzten Monat zwei Verschärfungen des Einbürgerungsgesetzes beschlossen: Einerseits sollen die Anforderungen an die Sprachkenntnisse auf Niveau B2 mündlich und B1 schriftlich (nach europäischem Referenzrahmen) erhöht werden. Eine Motion von Christoph Riner und Clemens Hochreuter (beide SVP), Adrian Schoop (FDP) und René

Huber (Mitte) forderte diese Anpassung. Zweitens sollen in Zukunft im Einbürgerungsverfahren Übertretungen im Leumund gleich behandelt werden wie Verbrechen und Vergehen. Ursprung der Forderung war, dass der Grosse Rat einen dreifachen Ladendieb nicht einbürgerte. Das Verwaltungsgericht machte diesen Entscheid rückgängig, worauf ein überparteilicher

Vorstoss (SVP, Mitte, FDP) mit Sprecher Harry Lütolf (Mitte) eingereicht und vom Grossen Rat angenommen wurde.

Der Regierungsrat lehnte beide Verschärfungen des Einbürgerungsgesetzes ab. Er muss jetzt eine Vorlage zuhanden des Grossen Rats erarbeiten, der dann das neue Einbürgerungsgesetz beschliesst. Wird das Referendum ergriffen, hat das Volk das letzte Wort. (az)

Die Demokratieinitiative

Die Volksinitiative «Für ein modernes Bürgerrecht (Demokratieinitiative)» fordert einen neuen Ansatz für das Schweizer Bürgerrecht: Laut Initiativtext soll automatisch einen Anspruch auf Einbürgerung haben, wer seit fünf Jahren in der Schweiz lebt, nicht schwerwiegend straffällig geworden ist, die innere und äussere Sicherheit der Schweiz nicht gefährdet und über

die Grundkenntnisse einer Landessprache verfügt. Lanciert wurde die Initiative letzten Monat von der Aktion Vierviertel, einem 2020 gegründeten Verein mit Sitz in Zürich. Grossrätin Lelia Hunziker (SP) ist Teil des Lokalkomitees der Initiative in Aarau. Weitere Mitglieder sind, unter anderem, SP-Politikerin Mia Jenni sowie SP-Grossrätin Lea Schmidmeister. (az)



Während des Streitgesprächs schenken sich Lelia Hunziker (SP) und Christoph Riner (SVP) nichts, danach posierten sie fürs Foto. Bild: Mathias Förster

«Wer teilhaben will, sollte sich integrieren und gewisse Anforderungen erfüllen.»

Christoph Riner
SVP

schärfen. Sagt doch ehrlich; ihr wollt gar keine Einbürgerungen.

Riner: Wir wollen einfach klare und gute Anforderungen.

Es gibt ja bereits ein Einbürgerungsgesetz. Warum muss es strenger werden?

Riner: Die SP kritisierte in Luzern, dass Eingebürgerte mit dem heutigen Deutschniveau das Abstimmungsbüchlein nicht verstehen.

Hunziker: Jetzt hör mal auf damit! Das ist so populistisch.

Riner: Wenigstens höre ich mir eure Argumente an. Ich bin nicht voreingenommen, nur weil etwas von der SP kommt.

Ist es ein Reflex von links, dass man dagegen ist, wenn beim Thema Einbürgerungen etwas von der SVP kommt?

Hunziker: Nein. Es geht um die Sache. Wir haben ein riesiges Demokratieproblem.

Riner: Von links wird schnell abgeblockt. Du willst den Leuten vermitteln, dass das, was gefordert wird, nicht erreichbar sei. Dabei erreichen es so vie-

le Leute. Aber ja, es gibt Leute, die in einer Parallelgesellschaft leben, und da gebe ich dir recht, für sie wird die Einbürgerung schwieriger.

Hunziker: Ja, es gibt Parallelgesellschaften. Die gibt es auch unter Schweizerinnen. Ich habe vorher schon die Menschen angesprochen, die in den 70er- und 80er-Jahren gekommen sind und in diesen Parallelgesellschaften gelebt, gekrampft und erheblich zum Reichtum und zur Schweiz beigetragen haben, wie wir sie heute kennen. Diese Menschen sprechen teilweise kaum Deutsch, haben aber nie etwas getan, das der Schweiz geschadet hätte. Ist es richtig, diese Leute nicht einzubürgern?

Riner: Du stellst Parallelgesellschaften rosarot dar. Es gibt auch viele, die kommen in die Schweiz und wollen mit der Bevölkerung und unserer Kultur gar nichts zu tun haben.

Herr Riner, der Regierungsrat hält in der Antwort auf Ihre Motion fest, dass bei deren Umsetzung möglicherweise die Anzahl der Einbürgerungen zurückgehen würde. Das hat Sie geärgert.

Riner: Ja! Man kann doch nicht einfach gegen eine bürgerliche Forderung sein, nur weil es dann unter dem Strich allenfalls weniger Einbürgerungen gibt. Das Gesetz ist nicht dazu da, möglichst viele Einbürgerungen zu generieren und den Ausländeranteil stabil zu halten oder gar zu senken.

Hunziker: Jetzt mache ich eine Unterstellung: Ihr habt ein Interesse daran, den Ausländeranteil möglichst hochzuhalten, damit Ihr diesen populistisch bewirtschaften könnt.

Riner: Diese Aussage ist so typisch für die linke Seite. Das stimmt doch nicht!

Hunziker: Dann reden wir doch über die Demokratie. Das Volk ist euch ja so wichtig. Und im Moment, mit 37 Prozent Menschen, die nicht mitreden können, haben wir ein extremes Demokratiedefizit. Dem müssen wir entgegenwirken.

Riner: Wir haben kein Demokratiedefizit! Die Menschen haben ja die Mög-

lichkeit, nach zehn Jahren Schweizer zu werden.

Hunziker: Wenn sie davon fünf Jahre immer im gleichen Kanton gelebt haben und die letzten drei in der gleichen Gemeinde. Willst du denn nicht, dass mehr Leute politisch partizipieren?

Riner: Ich freue mich über alle, die sich politisch beteiligen. Aber ich akzeptiere es auch, wenn das jemand nicht will. Auch das gehört in einer Demokratie dazu.

Wir haben jetzt über die Sprache geredet. Der Grosse Rat hat auch noch eine andere Verschärfung beschlossen. In Zukunft sollen auch Übertretungen und nicht nur Vergehen und Verbrechen dazu führen, dass sich jemand nicht einbürgern lassen kann. Herr Riner, haben Sie nicht auch so eine Jugendsünde? Sind Sie mal mit dem frisierten Töffli durchs Fricktal gefahren?

Riner: Natürlich habe ich Jugendsünden, und ich bin auch schon ohne Helm Töffli gefahren. Beim Leumund ist es wichtig, über den Auslöser dieser Forderung zu sprechen. Die Diskussion im Grossen Rat über den Fall des Ladendiebs hat mich aufgewühlt. Der junge Mann hat dreimal gestohlen, und da wurde argumentiert, das könne jedem mal passieren. Da muss ich sagen: Dreifacher Ladendiebstahl kann doch nicht einfach passieren. Da ist auch eine gewisse kriminelle Energie dahinter.

Wie sehen Sie das, Frau Hunziker?

Hunziker: Es ist einfach eine Realität, dass alle eine Gesellschaft ausmachen: die Jungen, die Alten, die Kranken und auch die Straffälligen.

Riner: Es ist ja nicht so, dass der Ladendieb dieses Einbürgerungsgesuch nie mehr hätte stellen können. Ich glaube einfach nicht, dass man heute der Gesellschaft sagen muss: Es hätte schlimmer sein können als dreifacher Diebstahl, wir belohnen das mit dem Schweizer Pass.

Hunziker: Jetzt hast du genau das Stichwort gebracht: belohnen. Der Schweizer Pass ist eben keine Belohnung.

Riner: Das meine ich nicht allgemein, sondern bezogen auf den Ladendieb.

Was ist denn so schlimm dran, wenn jemand nach einem Übertretungsdelikt ein paar Jahre warten muss? Es ist ja kein Ausschluss für die Ewigkeit.

Hunziker: Es ist doch so: Wenn ein Schweizer einen dreifachen Ladendiebstahl begeht, bekommt er eine Strafe. Wenn ein Ausländer einen dreifachen Ladendiebstahl begeht, bekommt er auch eine Strafe. Bis da sind wir gleich. Jetzt hat aber der Ausländer noch einmal eine Strafe, weil er sich nicht einbürgern lassen kann.

Riner: Es ist nicht eine Strafe. Du tust so, als müsse die Person die Schweiz verlassen. Er muss einfach warten und zeigen, dass er sich an die Regeln hält.

Hunziker: Aber es ist eine Rechtsungleichheit. Er hat dieses Gesuch gestellt, er will diesen Weg gehen und jetzt sanktioniert man ihn für etwas, wofür er bereits bestraft wurde.

Riner: Nein, man sanktioniert ihn nicht. Er muss einfach ein bisschen länger warten. Nach diesem Fall habe ich übrigens Rückmeldungen von ausländischen Bürgern erhalten. Sie haben die Welt nicht mehr verstanden, dass der Ladendieb eingebürgert wurde.

Hunziker: Das Verwaltungsgericht hat ihn eingebürgert.

Riner: Und im Grossen Rat habt ihr euch mit Händen und Füßen dafür eingesetzt.

Hunziker: Weil wir das Gesetz umsetzen. Es war gesetzeswidrig, was der Grosse Rat damals entschieden hat. Und das Verwaltungsgericht hat dem jungen Mann nachher recht gegeben. Punkt. Es war nicht mehr und nicht weniger.